



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

| | |
|--|---|
| Sitzungstermin: | Mittwoch, 13.03.2024 |
| Sitzungsbeginn: | 16:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 18:27 Uhr |
| Sitzungsort: | Sitzungsraum Rechnungsprüfungsamt 4. OG, Ziegelstraße 2, 23556 Lübeck |
| Anwesende Mitglieder | |
| Vorsitz | |
| Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender | |
| Mitglieder aus der Bürgerschaft | |
| Philip Brozio - SPD & FW | |
| Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU | |
| Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender | |
| stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü. | |
| Thomas Markus Leber - FDP | |
| Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | |
| Stefan Klüssendorf - SPD & FW | |
| Martin Kucharzik - CDU | |
| Helga Lange - SPD & FW | |
| Lars Lehrke - Unabhängige Volt-PARTEI | |
| Tim Petersen - CDU | Vertretung für: Herrn Christopher Lötsch Fraktionsvorsitzender |
| Annette Rohlf - CDU | Vertretung für: Herrn Andreas Zander |
| Dirk Schulz - SPD & FW | Vertretung für: Herrn Gregor Voht |
| Detlef Thannhäuser - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | |
| Beiratsmitglieder | |
| Karla Eichhorn - Beirat für Senior:innen | bis 17:15 Uhr |
| Verwaltung | |
| Dr. Katja Schur - Rechnungsprüfungsamt | |
| Erik Damm - | |
| Stefanie Felchle - | |
| Elke Kreuzer - Rechnungsprüfungsamt | |
| Nadine Lietzow - Rechnungsprüfungsamt | bis 17:15 Uhr |
| Detlef Wieschendorf - Rechnungsprüfungsamt | ab 17:20 Uhr |

| | |
|--|---------------|
| Uljana Zimmer - Rechnungsprüfungsamt | ab 17:20 Uhr |
| Volker Langhans - | bis 17:26 Uhr |
| Protokollführung | |
| Yvonne Bretfeld - Rechnungsprüfungsamt | |
| Gäste | |
| Günther Frings - Unabhängige Volt-PARTEI | |
| Burghard Speckmann - SPD & FW | |
| Entschuldigte Mitglieder | |
| Mitglieder aus der Bürgerschaft | |
| Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | entschuldigt |
| Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender | entschuldigt |
| Gregor Voht - SPD & FW | entschuldigt |
| Andreas Zander - CDU | entschuldigt |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

| | | |
|-------|---|-------------------------|
| 1 | Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen | |
| | | |
| 2 | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| | | |
| 3 | Feststellung der Tagesordnung (Beschluss über nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen) | |
| | | |
| 4 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2023 | |
| | | |
| 5 | Anfragen / Antworten / Mitteilungen | |
| | | |
| 5.1 | Anfrage des AM Günther Frings (Unabhängige Volt-PARTEI): Bewirtschaftungsvertrag zwischen der Westerauer Stiftung und dem Stadtwald. | VO/2024/13097 |
| | | |
| 6 | Anträge von Ausschussmitgliedern | |
| | | |
| 7 | Berichte | |
| | | |
| 7.1 | Statusbericht 2023 des Rechnungsprüfungsamtes | VO/2024/12993 |
| | | |
| 7.2 | Stiftung Vereinigte Testament - Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes zum 31. Dezember 2021 | VO/2023/12729 |
| | | |
| 7.2.1 | Antwort der Verwaltung Stiftung Vereinigte Testament - Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes zum 31. Dezember 2021 | VO/2023/12729-01 |
| | | |
| 7.3 | Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Hansestadt Lübeck zum 31. Dezember 2022 | VO/2024/13051 |
| | | |
| 7.4 | Kulturstiftung Hansestadt Lübeck - Prüfungsbericht zum Jahresabschluss einschließlich des Anhangs und des Lageberichtes 2022 | VO/2024/13052 |
| | | |
| 8 | Verschiedenes | |
| | | |
| 13 | Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse | |
| | | |

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende, Herr Müller, eröffnet die 3. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses in der Wahlperiode 2023 – 2028 um 16:00 Uhr und begrüßt die Sitzungsteilnehmenden, die Anwesenden der Verwaltung der Hansestadt Lübeck und die Gäste.

Herr Müller weist darauf hin, dass die laufende Sitzung zu Protokollzwecken per Mikrofon aufgenommen wird. Es gibt keine Einwände der Ausschussmitglieder.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende, Herr Müller, verpflichtet das anwesende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Lange gemäß § 46 Abs. 6 GO auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Die Vorlage VO/2024/13097 zu TOP 5.1 wurde in geänderter Form vom AM Herrn Lehrke dem Vorsitzenden vorgelegt. Der Vorsitzende, Herr Müller, verliest die geänderte Fassung der Anfrage der Vorlage:

„Zur Vorlage VO/2021/10634 hatte der RP-Ausschuss im Sinne einer Geltendmachung eines Auskunftsanspruches nach § 46 Abs. 7 GO um eine schriftliche Stellungnahme erbeten. Der Bereich Recht wird um die Einschätzung gebeten, ob der Ausschuss seiner Arbeit noch ordnungsgemäß nachkommen kann, wenn die Verwaltung dem Verlangen nach Auskunft zu einem Sachverhalt nach 27 Monaten noch nicht entsprochen hat.“

Herr Müller lässt darüber abstimmen, ob die geänderte Anfrage unter TOP 5.1 auf die Tagesordnung aufgenommen werden soll.

Es erfolgt ein mit einer Enthaltung mehrheitlicher Beschluss.

“

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wurde unter TOP 1 festgestellt.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung (Beschluss über nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen)

Der Vorsitzende lässt über die Behandlung der TOP **10.1** und **10.1.1** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt mit einer Gegenstimme ein mehrheitlicher Beschluss über den Verbleib der TOP **10.1** und **10.1.1** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung der TOP **11.1** und **11.1.1** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib der TOP **11.1** und **11.1.1** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.2** und TOP **11.2.1** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt mit einer Gegenstimme ein mehrheitlicher Beschluss über den Verbleib des TOP **11.2** und **11.2.1** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.3** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.3** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.4** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.4** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.5** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.5** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.6** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.6** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.7** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.7** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.8** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.8** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.9** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.9** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt über Behandlung des TOP **11.10** im nichtöffentlichen Teil abstimmen.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss über den Verbleib des TOP **11.10** im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, den TOP **11.3** im nichtöffentlichen Teil vor TOP **10** zu behandeln, damit der Vertreter der Verwaltung, Herr Langhans vom Bereich 2.500 – Soziale Sicherung, die RP-Ausschusssitzung im Anschluss verlassen kann.

Es folgt ein einstimmiger Beschluss. TOP **11.3** wird vor TOP **10** im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Herr Müller lässt über die Teilnahme der Mitarbeitenden der Verwaltung, für das RPA Frau Dr. Schur, Frau Brefeld, Frau Kreuzer, Frau Felchle, Frau Zimmer, Herrn Damm und Herrn Wieschendorf und für den Bereich 2.500 – Soziale Sicherung Herrn Langhans am nichtöffentlichen Teil der Sitzung abstimmen.

Es erfolgt ein einstimmiger Beschluss über die Teilnahme o.g. Personen am nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung.

zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des RP-Ausschusses vom 23.11.2023 wird einstimmig festgestellt.

zu 5 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Der Vorsitzende, Herr Müller, informiert den Ausschuss darüber, dass die nächste Sitzung um eine Woche auf den 05.06.2024 vorgezogen werde.

zu 5.1 Anfrage des AM Günther Frings (Unabhängige Volt-PARTEI): Bewirtschaftungsvertrag zwischen der Westerauer Stiftung und dem Stadtwald. Vorlage: VO/2024/13097

Die Anfrage zur VO/2024/13097 wird in der unter TOP 1 geänderten Form zur Beantwortung zum nächsten RP-Ausschuss über den Bürgermeister weitergeleitet.

Die Anfrage wird vertagt.

zu 6 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegen keine Anträge von Ausschussmitgliedern vor.

zu 7 Berichte

zu 7.1 Statusbericht 2023 des Rechnungsprüfungsamtes Vorlage: VO/2024/12993

Frau Dr. Schur stellt die wesentlichen Inhalte des Statusberichtes vor und informiert den Ausschuss, dass es ab dem nächsten Jahr keinen Statusbericht mehr in Textform geben

werde, sondern eine Tätigkeitsübersicht in Tabellenform. Fragen zu der Bewertungsrichtlinie der HL von Herrn Lehrke beantwortet Frau Dr. Schur.

Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Stiftung Vereinigte Testament - Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes zum 31. Dezember 2021
Vorlage: VO/2023/12729

TOP 7.2 und 7.2.1 werden zusammen behandelt.

Frau Dr. Schur erinnert an die wesentlichen Punkte des Prüfungsberichtes und an die im Zusammenhang der Steuerfreistellung des Finanzamtes gestellten Fragen in der letzten Sitzung. Sie teilt mit, dass der Freistellungsbescheid für die Jahre 2020 bis 2022 zwischenzeitlich bereits der Stiftungsverwaltung vorliege. Herr Lehrke fragt nach, ob der Jahresabschluss 2022 dem Finanzamt für die Befreiung vorgelegen habe. Frau Kreuzer bejaht. Herr Klüssendorf möchte wissen, welche Art der Inventur in der Stiftung durchgeführt würde. Frau Kreuzer wird die Antwort im Protokoll nachreichen.

Antwort des RPA zur Frage von Herrn Klüssendorf:

Zum JA 2021 wurde keine Inventur durchgeführt, die Inventur war daher auch nicht Thema der JA-Prüfung 2021. Laut Anhang wurde zuletzt im Juni 2019 eine Buschinventur durchgeführt.

Auf Nachfrage von Frau Rohlf teilt Frau Dr. Schur dem Ausschuss mit, dass der JA 2022 noch nicht vom RPA geprüft worden sei.

Der Bericht und die Antwort der Verwaltung werden einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 7.2.1 Antwort der Verwaltung Stiftung Vereinigte Testament - Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes zum 31. Dezember 2021
Vorlage: VO/2023/12729-01

Der TOP wurde unter TOP 7.2 behandelt.

zu 7.3 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Hansestadt Lübeck zum 31. Dezember 2022
Vorlage: VO/2024/13051

Frau Dr. Schur erläutert die Feststellungen des Prüfungsberichtes.

Die Fragen des AM Herrn Lehrke zu den Themen Verjährung von Forderungen aus Rettungsdienstgebühren, Auszahlungen an die EBL für Straßenausbaubeiträge und buchmäßige Veränderungen von Festwerten und Wertänderungen beim Zuständigkeitsübergang von Anlagevermögen zwischen den Bereichen beantwortet Frau Lietzow ausführlich. Fragen zum letzteren Punkt von Herrn Petersen und Herrn Groß werden ebenfalls von Frau Lietzow beantwortet.

Zur Investitionsumsatzquote stellt Herr Lehrke die Frage für welche konkrete Baumaßnahme die 49,5 Mio. EUR eingeplant waren.

Frau Lietzow beantwortet eine Frage zum selben Thema von Herrn Klüssendorf.

Zum Punkt Verfahrensrückstellung gibt es Fragen von Herrn Lehrke, Herrn Schulz und Frau Rohlf, die von Frau Dr. Schur, Frau Lietzow und Herrn Damm geklärt werden können.

Weiterhin gibt es von Frau Rohlf, Herrn Dr. Petersen und Herrn Schulz Fragen zu der EB-Korrektur, den aufgedeckten stillen Reserven und den ARAP. Frau Lietzow und Frau Dr. Schur erläutern.

Desweiteren bittet das AM Herr Lehrke den Bereich Haushalt und Steuerung folgende Fragen zur Ausschusssitzung am 05.06.2024 schriftlich zu beantworten:

„1.

In Kapitel 2.1.2 - Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf Fachbereichs- / Produktebene wird zum Produkt 552001 Wasser und Hafen u. a. wie folgt ausgeführt:

“Daneben wirkten sich Mindererträge aus Mieten und Pachten (1,1 Mio. EUR) [...] ergebnismindernd aus. Die Mindererträge aus Mieten und Pachten betrafen eine nicht eingeplante Neufestsetzung der Pacht für den Hafenerwerb.”

- a) Welchen Anlass gab es für diese nicht eingeplante Neufestsetzung?
- b) Warum wurde diese nicht eingeplant?
- c) Welchen Pächter betraf diese Anpassung?

2.

In Kapitel 2.4 - Einhaltung des Finanzplans wird ausgeführt, dass die geringe Verwendungsquote zu Investitionen von 45,8 % im Lagebericht vorrangig mit Verzögerungen beim Erwerb des Karstadt-Gebäudes begründet wird.

- a) Wie setzt sich das Delta von 54,2 % (110,1 Mio. €) im Wesentlichen zusammen?
- b) Wie hoch ist der Anteil der für den Erwerb des Karstadt-Gebäudes geplanten und nicht zur Auszahlung gelangten Gelder an diesem Delta (Angabe in Euro)?
- c) In der Annahme, dass dieser Anteil die nicht angefallenen Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 49,5 Mio. Euro nicht im Ansatz erreicht, welche Erwägungen führten dazu, anstelle dieser Minderauszahlungen, die aus dem Erwerb des Karstadt-Gebäudes im Lagebericht gesondert zu erwähnen?

3.

In Kapitel 3.1.2 - Zugänge wird zur Inventur des Anlagevermögens u. a. wie folgt ausgeführt:

“Für die Zugänge zu den unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten (0,9 Mio. EUR) wurde im Anhang 2022 korrekt angegeben, dass 0,1 Mio. EUR allein daraus entstanden, dass sich die innerstädtische Verwaltungszuständigkeit für das relevante Grundstück veränderte.”

- a) Welche Regelung der GemHVO-Doppik oder anderer diese ergänzender Rechtsvorschriften wurden herangezogen, um eine innerstädtische Änderung der Zuständigkeit zum Anlass zu nehmen einen Zugang im Anlagevermögen zu postulieren, im gleichen Zuge eine Zuschreibung vorzunehmen und dies entsprechend im Anlagespiegel abzubilden?

- b) So diese Vorgehensweise statthaft sein sollte, wurde darüber nachgedacht die Zuständigkeit für städtische Liegenschaften in einem regelmäßigen Turnus zu ändern um etwaige Stille Reserven im Grundvermögen der HL zu heben und die Ertrags- und Vermögenslage der Stadt günstiger darzustellen?
- c) Sieht die Verwaltung in dieser Vorgehensweise mögliche Synergieeffekte hinsichtlich der seit Umstellung auf die Doppik ausstehenden (Teil-)Inventuren?

4.

An unterschiedlichsten Stellen des Berichtes (Kapitel 3.4 ff. und Kapitel 3.8 ff.) führt das RPA zur unsachgemäßen Bildung bzw. Nichtbildung von aktiven wie passiven Rechnungsabgrenzungsposten aus. Inhaltlich sind dies Feststellungen, wie sie seit Aufstellung des ersten dop-pischen Jahresabschlusses für das Jahr 2010 immer wieder getroffen werden. Da nunmehr einige Einzelsachverhalte seitens der Kommunalaufsicht im Sinne der langjährigen Ausführungen des RPA klargestellt wurden,

- a) wird der Bereich Haushalt und Steuerung weitere erforderliche Anpassungen vornehmen, ohne dass in jeder Einzelfrage die Kommunalaufsicht eingeschaltet werden muss?
- b) wie wird der Bereich Haushalt und Steuerung offenkundig bestehenden Schulungsbedarf in grundlegenden Fragen der Doppik abdecken?

5.

In Kapitel 3.6.4 - Verfahrensrückstellungen wird wie folgt ausgeführt:

“Im Anhang 2022 wurde zutreffend erläutert, dass zum Bilanzstichtag 2022 nur noch für ein laufendes Gerichtsverfahren Rückstellungen bilanziert sind. Fraglich ist die Vollständigkeit der Rückstellungen. So wird auskunftsgemäß beispielsweise durch die Abteilung Personalwirtschaft eine Übersicht über anhängige arbeitsrechtliche Gerichtsverfahren geführt. Eine Meldung bzw. Verarbeitung im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgt allerdings nicht durch den Bereich Personal. Rückstellungen wären nach dortiger Ansicht durch die Bereiche zu bilden und der Bereich Personal würde im Einzelfall entsprechend erinnern.”

- a) Aus welcher Vorschrift ergibt sich, wer für die Meldung und Bildung von Rückstellungen zuständig ist?
- b) Sofern diese Verantwortlichkeiten (teilweise) außerhalb des Bereiches Haushalt und Steuerung liegen, wie ist sichergestellt, dass diese Stellen über die erforderlichen Kenntnisse zur Beurteilung der Notwendigkeit einer Rückstellungsbildung verfügen?
- c) Wie viele anhängige arbeitsrechtliche Gerichtsverfahren bestanden zum Stichtag 31.12.2023?
- d) Zu wie vielen dieser Verfahren wurde für den Jahresabschluss 2023 die Bildung einer Rückstellung gemeldet und/oder veranlasst?
- e) Welche Maßnahmen hat die Verwaltung vorgesehen, um künftig Zweifel an der Vollständigkeit gebildeter Rückstellungen auszuräumen?

6.

In Kapitel 3.8.1 - PRAP für übrige Verbindlichkeiten führt das RPA im Abschnitt Stadtgrün und Verkehr - Beiträge für Straßenentwässerung abschließend wie folgt aus:

“Nach Ansicht des RPA stellen die Beiträge keine Vorauszahlungen für Folgejahre dar und erfüllen damit nicht Voraussetzungen für den Ausweis eines PRAP. Unklar ist, weshalb die Beitragsanteile im Jahr der Einzahlung nicht vollständig als Ertrag dargestellt werden.”

- a) Teilt die Verwaltung die Ansicht des RPA in dieser Frage?
- b) Wenn ja, mit welchem Jahresabschluss soll die Korrektur erfolgen?

- c) Wenn nicht, ist beabsichtigt, den Sachverhalt durch die Kommunalaufsicht abschließend klären zu lassen?
- d) Die EBL mögen zu diesem Punkt bitte gleichfalls Stellung nehmen.

Die Beantwortung der Frage zu 1. c) kann zwecks nicht öffentlicher Behandlung gesondert erfolgen.“

Nach Nachfrage von den AM Herrn Lehrke und Herrn Möller zu den Gründen der Abwesenheit eines Vertreters des Bereiches Haushalt und Steuerung stellt Herr Möller den Antrag, den TOP 7.3 zu vertagen und dass zu diesem und zukünftigen Prüfungsberichten zum Jahresabschluss der Kernverwaltung die Bereichsleitung des Bereichs Haushalt und Steuerung im RP-Ausschuss einzuladen sei, um eventuelle Fragen des Ausschusses direkt beantworten zu können. Der Vorsitzende, Herr Müller, lässt über den Antrag abstimmen. Es folgt ein einstimmiger Beschluss.

Der Bericht wird vertagt.

| |
|---|
| zu 7.4 Kulturstiftung Hansestadt Lübeck - Prüfungsbericht zum Jahresabschluss einschließlich des Anhangs und des Lageberichtes 2022 Vorlage: VO/2024/13052 |
|---|

Frau Dr. Schur erklärt die Feststellungen des Prüfungsberichts.

Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

| |
|---------------------------|
| zu 8 Verschiedenes |
|---------------------------|

Es liegt nichts vor.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 17:15 Uhr

Der Vorsitzende, Herr Müller, bittet, die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen. Frau Eichhorn und Frau Lietzow verlassen die Sitzung. Frau Zimmer und Herr Wieschendorf nehmen am nichtöffentlichen Teil der Sitzung teil.

| |
|--|
| zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse |
|--|

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert darüber, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu TOP 10, TOP 10.1, TOP 10.1.1, TOP 11.1, TOP 11.1.1, TOP 11.2 und TOP 11.2.1 Beschlüsse gefasst worden seien.

Der Vorsitzende, Herr Müller, beendet die 3. Sitzung des RP-Ausschusses um 18:27 Uhr.

Lübeck, den 3. April 2024

Andreas Müller
Vorsitzende/r

Frau Yvonne Bretfeld
Protokollführung